



Auszug aus dem substanziellen Protokoll

86. Ratssitzung vom 28. Februar 2024

2883. 2023/125

Postulat von Patrik Maillard (AL) und Tanja Maag Sturzenegger (AL) vom 15.03.2023:

Angestellte in Berufen mit grosser körperlicher Belastung, Möglichkeit einer Rente im Alter von 60 Jahren mit guter finanzieller Absicherung

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Patrik Maillard (AL) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1536/2023): Der Stadtrat soll überprüfen, wie städtische Angestellte in Verschleissberufen ohne grössere finanzielle Verluste im Alter von 60 Jahren in Rente gehen können. Vor rund einem halben Jahr haben wir im Rat das neue Modell des flexiblen Altersrücktritts verabschiedet. Das Postulat ist aber nicht überholt. Das besagte Modell ist zwar gut und kommt den Angestellten finanziell entgegen. Trotzdem muss man sich die Zeit der Überbrückung bis zum Bezug der AHV-Rente leisten können. Arbeiter*innen in Verschleissberufen arbeiten meist im Niedriglohnbereich. Es geht um Menschen in Berufen, in denen der Körper stark und oft einseitig belastet wird. Sie sind vielleicht übermässig Staub oder chemischen Dämpfen ausgesetzt und können meist nicht wählen, ob sie früher pensioniert werden. Sie können die volle Leistung bis zum Pensionsalter oft nicht mehr erbringen und arbeiten vielleicht nach dem Alter von 60 Jahren noch weiter, bis sie teilinvalid oder vollständig arbeitsunfähig sind. Dann kommt das Problem: Wer bezahlt das? Die IV, das Sozialamt oder vielleicht wird das Problem bei Rückkehrern dem Ursprungsland zugeschoben. In jedem Fall sind es die Steuerzahlenden und die öffentliche Hand, die das bezahlen. Gewinne zu privatisieren und Verluste zu sozialisieren ist die Logik der Marktliberalen, die sich auch heute gegen Verbesserungen selbst bei Menschen wehren, die körperlich sehr stark belastet sind und oft der Arbeit nachgehen, der wir schon lange nicht mehr nachgehen wollen. Im Baugewerbe gibt es seit zwanzig Jahren eine Regelung, die den Arbeiter*innen die Pensionierung im Alter von 60 Jahren bei voller Überbrückungsleistung erlaubt. Das funktioniert mit einer separaten Versicherung; einer Kasse, bei der die Kosten zu 20 Prozent zulasten der Arbeiter*innen und zu 80 Prozent zulasten des Arbeitgebers gehen. Die Überbrückungsrente wird über einen Fonds ausbezahlt. Lange haben sich die Baufirmen dagegen gewehrt. Die Gewerkschaften erkämpften das mit Streiks. Heute hört man von allen Seiten nur Positives, auch von den Arbeitgebern. Verschleissberufe gibt es nicht nur auf dem Bau oder im Strassenbau, sondern auch in der Reinigung und Gastronomie, im Gartenbau, bei der Müllabfuhr oder Pflege. Die Liste ist nicht



abschliessend, es gibt keine Definition für diesen Begriff. Im Alter von 19 bis 30 Jahren arbeitete ich auf dem Bau und die letzten 28 Jahre im Gastgewerbe, hauptsächlich in der Küche. In diesem Frühling wechselte ich die Stelle und arbeite jetzt als Kursleiter in der Erwachsenenbildung. Vor einem Jahr wurde mir bewusst, dass ich einmal nicht mehr im Stressbetrieb einer Küche werde arbeiten, die schweren Kisten und Pfannen nicht mehr werde tragen können; dass mein Rücken und andere Körperteile verschlissen sein werden. Ich bin wohl einer der wenigen Proletarier im Saal und weiss bei diesem Postulat genau, wovon ich spreche. Natürlich ist es nicht damit getan, dass die Stadt als Arbeitgeberin für ihre Angestellten in solchen Berufen eine Lösung prüft. Die Stadt könnte eine Vorbildfunktion ausüben, die im besten Fall auf private Unternehmen ausstrahlt.

Dr. Frank Rühli (FDP) begründet den von Martina Zürcher (FDP) namens der FDP-Fraktion am 29. März 2023 gestellten Ablehnungsantrag: *Die städtischen Angestellten können sich insgesamt in einer glücklichen Situation schätzen. Das Personalrecht ist sehr grosszügig, Frühpensionierungen sind ab einem Alter von 58 Jahren mit Überbrückungszuschüssen möglich. Auch ist die Versorgung mit der Pensionskasse sehr grosszügig. Grundsätzlich ist es eine Angestelltengruppe, die sich nicht beklagen kann. Im Postulat gehen Sie von der Situation der Bauarbeiter aus, die einen starken körperlichen Verschleiss aufweisen, wenn sie das ein Leben lang tun. Sie gehen weiter und sprechen von Verschleissberufen, wobei es keine Grenze oder Definition gibt. Die Liste ist lang. Das ist störend, weil keine klare Definition möglich ist. Es gibt psychisch belastende Berufe, die einen vielleicht im Alter von 60 Jahren zum Wechsel oder zur Pensionierung verleiten. Auch da gibt es solche, die innerhalb ihrer Branche auf Tätigkeiten wechseln, die nicht verschleissend sind. Wir glauben nicht, dass ganze Branchen über einen Leisten geschlagen werden können und dass das Postulat umgesetzt werden kann. Um zu erreichen, dass man im Alter von 60 oder 65 Jahren gesund und vital pensioniert werden kann, gibt es Möglichkeiten, bei denen bereits viel getan wird und noch mehr gemacht werden kann. Es geht beispielsweise um Arbeitsplatzsicherheit und technische Hilfsmittel. Bei physischer Belastung kann man mit flexiblen Arbeitszeitmodellen arbeiten. Es gibt sehr viele Möglichkeiten, die nicht über finanzielle Forderungen gelöst werden müssen. Mit diesem Postulat tragen Sie indirekt zum Fachkräftemangel bei; wir haben ein Interesse daran, dass die Leute möglichst lange im Beruf bleiben. Insgesamt erscheint es uns als Salamtaktik, wenn man will, dass alle früher pensioniert werden können. Wir wehren uns gegen Sonderregelungen für Branchen. Man kann sich fragen, ob das Postulat nicht überholt ist. Wir sind gegen diesen unnötigen falschen und diffusen Ansatz.*

Weitere Wortmeldungen:

Serap Kahriman (GLP): *Die GLP anerkennt, dass Personen, die in körperlich belastenden Berufen arbeiten, hinsichtlich der Pensionierung vor grossen Herausforderungen stehen. Die GLP wird das Postulat aber aus verschiedenen Gründen nicht unterstützen. Einerseits bietet die Stadt bereits sehr gute Lösungen für alle städtischen Angestellten, vor allem wenn es um die Frühpensionierung geht. Ich denke an die Überbrückungszuschüsse, die die Stadt gewährt, und auch an die Flexibilisierung, die wir im letzten Jahr*



eingeführt haben. Andererseits ist uns nicht klar, welche Arbeiten unter den Begriff «körperliche Belastung» fallen und was beispielsweise mit Personen geschieht, die in psychisch belastenden Berufen arbeiten. Wir glauben, dass die Abgrenzung sehr herausfordernd und vermutlich nicht zielführend und zufriedenstellend wäre. Wir wollen darauf hinweisen, dass die demografische Alterung der Bevölkerung steigt. Die Lebenserwartung steigt und längere Rentenbezüge herrschen vor. Die Zinsen sind aussergewöhnlich tief und mit dem gesetzlich verankerten Umwandlungssatz steht die obligatorische berufliche Vorsorge im Moment unter hohem Druck. Unserer Meinung nach wäre es nachhaltiger, dass Lösungen gefunden werden, mit denen die betroffenen Personen bis zum ordentlichen Pensionsalter gesund arbeiten können, damit keine vorzeitige Pensionierung notwendig wird. Wir denken an verschiedene Massnahmen wie beispielsweise die Altersentlastung des Nachtdienstes, Gesundheits- und Bewegungsprogramme, moderne, ergonomische Arbeitsgeräte, «Jobrotation» bei wiederkehrenden, einseitigen Belastungen, die Neugestaltung von Arbeitsabläufen und Weiterbildungen. Es gibt viele Möglichkeiten, wie das anders gelöst werden kann. Wir sollten nicht in den vorhandenen, starren Strukturen denken, sondern neue, kreative Lösungen suchen und aktiv bessere Arbeitsbedingungen schaffen, um mit den Ressourcen der Arbeitskräfte schonender umgehen zu können.

Tanja Maag Sturzenegger (AL): *Es wurde zwei Mal moniert, dass eine klare Definition fehle. Es gibt zwar keine eindeutige Definition, aber es gibt ein Umreissen der Problematik, die uns zum Postulat veranlasste. Im August hat das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) Ergebnisse einer europäischen Telefonerhebung über die Arbeitsbedingungen veröffentlicht. Darin kam die Schweiz im Vergleich nicht schlecht weg. Aber immerhin haben 23 Prozent der Angestellten eine Gefährdung der Sicherheit oder der Gesundheit durch ihre Arbeit genannt. Sie berichteten von Belastungen des Bewegungsapparats, von einem hohen Arbeitstempo und so weiter. Die Daten weisen darauf hin, dass insbesondere in den Branchen Handel, Gastgewerbe, Transport und Gesundheitswesen eine überdurchschnittliche Betroffenheit vorhanden ist. Dass das Baugewerbe nicht explizit erwähnt wird, macht Sinn, weil in dieser Branche bereits eine Regelung für eine mögliche Frühpensionierung im Alter von 60 Jahren existiert. In der Erhebung werden Faktoren wie die Entscheidungsfreiheit und das Mitspracherecht für die Gesundheit am Arbeitsplatz erwähnt. Sie spielen in alle Berufsfelder rein und sind unter anderem Garanten für das psychische Wohlbefinden am Arbeitsplatz. Damit komme ich zum Punkt, weshalb die FDP unser Postulat ablehnt: es gebe auch langfristige Auswirkungen aufgrund von Stress. Es gibt Arbeitsunfähigkeit aus psychischen Gründen. Das stimmt seit Jahrzehnten und ist zunehmend. Bei einer Arbeitsunfähigkeit aus psychischen Gründen steht jedoch oft eine persönliche Geschichte dahinter. Die Kausalität mit aktuellen Arbeitsbedingungen ist nicht automatisch gegeben. Das ist ein anderes Feld, das andere Massnahmen braucht, und es ist kein Grund, einen flexiblen Altersrücktritt bei körperlicher Verschleissarbeit abzulehnen. Ein weiterer Punkt in der Ablehnung ist die Möglichkeit der Frühpensionierung. Das vorgeschlagene Modell kommt Mitarbeitenden finanziell entgegen, aber die Frühpensionierungsmöglichkeit muss man sich leisten können. Die Stadt bezahlt nur teilweise Überbrückungszuschüsse. Das städtische Personalreglement soll*



ohne Sonderregelungen für alle gelten, so hat mir Martina Zürcher (FDP) ihre Begründung bereits im August in der Ablehnung des Postulats mitgeteilt. Das finden wir auch, wo immer möglich. Sozialleistungen sind jedoch gezielt einzusetzen, wo sie die grösstmöglichen Wirkungen zeigen. Das bedingt ab und zu Ausnahmen oder Sonderfälle.

Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne): *Wir unterstützen das Postulat aus solidarischen Gründen. Es sind vor allem Berufe, die sehr streng sind und einen körperlichen Verschleiss verursachen. Das sind Berufe, die sehr wichtig für unsere Gesellschaft sind, während die Löhne gleichzeitig oft zu tief sind, um sich eine Frühpensionierung leisten zu können. Es ist uns wichtig, dass die Menschen, die einen solch wichtigen Beitrag leisten, gesund oder möglichst gesund auch im Alter ihre Pension geniessen können.*

Sophie Blaser (AL): *Das ist ein emotionales Votum direkt an meine Mutter im Spitalbett gerichtet, die für die Stadt in einem Verschleissberuf gearbeitet hat, seit sie 17 Jahre alt war. Momentan ist sie nicht arbeitsfähig nach dermassen viel Pflegearbeit. Wenn ich mir von der FDP anhören muss, dass man sich glücklich schätzen soll, für die Stadt zu arbeiten, muss ich sagen, dass sich Zürich glücklich schätzen kann, dass so viele Mitarbeitende für uns arbeiten und die Stadt aufrechterhalten. Es geht um Arbeit, die nicht ausgelagert werden kann. Sie können die Reinigung oder die Pflege nicht irgendwohin abschieben. Einige von Ihnen verdienen vielleicht genügend, dass Sie ihre Eltern nach Thailand auslagern können; das ist ein Geschäftsmodell. Für viele ist das aber keine Möglichkeit und sie arbeiten hier für unsere Stadt. Es ist unglaublich, dass man sich anhören muss, dass sich diese Leute glücklich schätzen sollen. Auch Teilzeitarbeit ist nicht als Grund zu nennen, dass es keine Verschleissarbeit sei. Oftmals ist die Teilzeitarbeit keine Entscheidung. Bei der Spitex ist beispielsweise kein Pensum von mehr als 80 Prozent möglich, weil es schlichtweg nicht machbar ist. Es sind Menschen, die nicht viel verdienen. Es geht nicht um kreative Lösungen. Es geht schlichtweg darum, dass die Menschen, die für wenig Lohn grundlegende Arbeit für die Stadt leisten, in Würde aus dem Arbeitsleben ausscheiden können. Sie sollen nicht während einer IV-Abklärung mit Case Management jahrelang auf Entscheide warten müssen und sich nicht sicher sein, wie es weitergeht. Wir wissen, dass Menschen in Verschleissberufen eine tiefere Lebenserwartung haben und andere Menschen wie beispielsweise ich durchaus länger arbeiten können. Hier geht es um Fairness und ich finde es unangebracht, wie über die Mitarbeitenden der Stadt gesprochen wird. Es wäre gut, wenn Sie mit Betroffenen sprechen.*

Christian Traber (Die Mitte): *Für uns ist es unbestritten, dass städtische Mitarbeitende in verschiedenen Branchen und Segmenten sehr wertvolle, intensive und fordernde Arbeit leisten. Für uns ist auch klar, dass die Vorruhestandsmodelle gut sind und erhalten werden müssen. Ich bin der Meinung, dass Menschen in Verschleissberufen durchaus die Möglichkeit haben sollen, im Alter von 60 Jahren mit entsprechenden Leistungen in den Ruhestand zu gehen. Die Vorruhestandsmodelle ermöglichen das. Unsere Ablehnung des Postulats hat nichts mit Marktliberalismus oder Auslagerung zu tun. Wir haben das Gefühl, dass die Stadt eine gute Arbeitgeberin ist und bleiben muss. Wir sind bereit, den Mitarbeitenden gewisse Leistungen zu finanzieren. Für uns wird aber ein falsches*



Zeichen gesetzt. Es ist eine zusätzliche Massnahme. Die städtischen Mitarbeiter haben neben dem flexiblen Altersrücktritt die Möglichkeit, Überbrückungszuschüsse zu erhalten, wenn man während acht Jahren für die Stadt gearbeitet hat. Für uns ist wichtig, dass das Gesamtpaket stimmt. Wir sind dagegen, dass die Stadt für weitere Branchen in einer Vorreiterrolle vortreten soll. Wir finden, dass das Gesamtpaket für die städtischen Mitarbeitenden im Moment stimmt. Das dürfen wir nicht schmälern, es soll aber auch nicht einseitig ausgebaut werden. Wenn dem Postulat zugestimmt wird und es nachher Lösungen gibt und die städtischen Mitarbeiter weitere Möglichkeiten erhalten, dann wird der Bauarbeiter, der für das Unternehmen XY arbeitet, benachteiligt. Das wollen wir nicht.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Das Anliegen ist kein Klassenkampf; es ist ein reelles Problem. Wer unter starker körperlicher Belastung oder in Nachtschichten arbeitet, hat eine geringere Lebenserwartung und das Risiko, dass man das Pensionsalter nicht gesund erreicht, ist hoch. Dieses Problem nimmt die Stadt ernst. Angesichts des Grosskonzerns, der wir sind, besteht immer die Frage, wo die Grenze ist. Wir versuchen, keine Sondergruppen zu schaffen. Denn sonst würde der Vorwurf kommen, ob Gleiches mit Gleichem behandelt wird. Das Problem besteht. Es gibt aber bereits heute gezielte Elemente. Wir versuchen, sie teilweise zu verbessern. Man muss aber auch prophylaktisch arbeiten. Serap Kahriman (GLP) nannte alle wesentlichen Elemente, die ein Arbeitgeber sicherstellen muss. Auch sie sind selbstverständlich ein Thema. Wir sind damit nicht schlecht unterwegs. Das durchschnittliche Rücktrittsalter liegt bei 62 Jahren. Man kann nicht nachweisen, dass das vor allem Leute in der Funktionsstufe 13 und höher betrifft. Auch in geringeren Lohnkategorien ist eine frühere Pensionierung möglich. Darum nehmen wir das Postulat entgegen. Es bleibt ein Auftrag, die Belastung ist hoch. Ich wehre mich gegen die wiederkehrende Mähr, dass das Baugewerbe-Angebot so gut sei. Es ist gut im Vergleich zu dem, das vorher war. Die städtischen Mitarbeiter stehen mit unserer umfassenden Krankenkasse im vornherein besser da. Die Leistungen, die wir heute bei uns erhalten, sind besser als das, was das Baugewerbe ihren Mitarbeitern gibt. Ich wehre mich gegen die Darstellung, dass ihr Modell besser als unseres sei. Das Anliegen muss sein, dass die Menschen, die ein Leben lang oder auch ein halbes Leben lang eine harte Belastung getragen haben, würdig und eine gewisse Zeit lang das Alter mit ihren Familien, ihren Enkeln, ihren Freunden geniessen können. Das versucht der Stadtrat ernst zu nehmen, damit man nicht zu viele Ausfälle hat. Eine flächendeckende Regelung ist aber beinahe unbezahlbar. Wir arbeiten schrittweise am Thema und behalten es im Auge.*

Das Postulat wird mit 55 gegen 55 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) gemäss dem Stimmenthalten der Ratspräsidentin dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat



6 / 6

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat